

Dran bleiben

Kontext #2



Jugendsozialarbeit
der kommenden Jahre



LANDESARBEITSGEMEINSCHAFT
JUGENDSOZIALARBEIT
Nordrhein-Westfalen

Gefördert durch das

Ministerium für Familie, Kinder,
Jugend, Kultur und Sport
des Landes Nordrhein-Westfalen



Start/ Erst Anlauf nehmen, dann Dran bleiben



Start/

Erst Anlauf nehmen, dann Dran bleiben **1**

Vorab/

Die LAG JSA stellt sich vor **2**

Eins/

Nicht gesellschaftsfähig/Warum das Bildungssystem an (fast) jedem zehnten Jugendlichen scheitert/Ganzheitliche und inklusive Bildung braucht ein anderes Bildungsverständnis **3**

Zwei/

Kein Anschluss/Wie Schwellen beim Übergang Jugendliche zum Stolpern bringen und bloßes Umleiten in Sackgassen mündet/Erfolgreiche Intervention braucht systematische Hilfeplanung und Steuerung **6**

Drei/

Pech gehabt/Wenn der Zuständigkeitenmix effektiver Förderplanung im Weg steht/Eine Rückbesinnung auf die kommunale Aufgabe, Jugendliche in das Bildungs- und Ausbildungssystem sowie die Gesellschaft zu integrieren **10**

Zum Schluss/

Die LAG JSA positioniert sich/Für benachteiligte Jugendliche in NRW **13**

Im Rahmen einer im März 2007 geschlossenen Zielvereinbarung zwischen der Landesarbeitsgemeinschaft Jugendsozialarbeit NRW (LAG JSA NRW) und dem Ministerium für Generationen, Familien, Frauen und Integration NRW (MGFFI) fanden in den Jahren 2007 und 2008 insgesamt vier Werkstattgespräche statt. Diese Werkstattgespräche mit Jugendlichen sowie Expertinnen und Experten aus Praxis, Politik und Wissenschaft hatten das Ziel, die soziale und berufliche Integration junger Menschen zu identifizieren, sozialpolitisch zu bewerten und Impulse für die (Weiter-) Entwicklung geeigneter Angebote zu geben. Die einzelnen Veranstaltungen orientierten sich am Lebenslagenkonzept und setzten an folgenden Schnittstellen an: Bildung, Arbeit, Migration, Überschuldung, Wohnungslosigkeit, prekärer Aufenthaltstatus, gesundheitliche Probleme und Strafbarkeit. Die Werkstattgespräche wurden schließlich in der Publikation *Anlauf nehmen: Jugendsozialarbeit 2007–2008. Vier Themen/vier Werkstattgespräche/ein Zwischenbericht*¹ im Oktober 2009 dokumentiert.

Die Weiterarbeit an den beschriebenen Zielen wurde durch zwei größere Folge-Tagungen sichergestellt. Dazu fanden am 24. April 2009 in Düsseldorf die Fachtagung *Bildung coachen – Jugendsozialarbeit und Bildung* und am 19. März 2010 in Dortmund die Veranstaltung *...und raus bist Du! Jugendliche in prekären Lebenslagen* statt.

Die vorliegende Broschüre verbindet die in *Anlauf nehmen* dokumentierten Befunde mit den Ergebnissen und Diskussionen der beiden Fachtagungen. Unter dem Motto *Dran bleiben* werden so die Ergebnisse der insgesamt sechs Veranstaltungen gebündelt, analysiert und auf die drei Themenfelder „Bildung“, „Übergangsschwellen“ und „Zuständigkeitenmix“ konzentriert. Die vorliegende Publikation stellt somit einerseits eine Positionierung der LAG JSA NRW zu zentralen Themen der Jugendsozialarbeit in NRW dar, andererseits gibt sie Empfehlungen und Impulse aus der fachlichen Praxis zur (Weiter-) Entwicklung der Jugendsozialarbeit wieder. Nachdem zunächst Anlauf genommen wurde, heißt es nun also: Dran bleiben!

¹
Im Internet unter:
[http://www.jugendsozialarbeit-nrw.de/JSA/lagsanrw/lagsanrw_web.nsf/dx/anlaufnehmen.pdf/\\$file/anlaufnehmen.pdf](http://www.jugendsozialarbeit-nrw.de/JSA/lagsanrw/lagsanrw_web.nsf/dx/anlaufnehmen.pdf/$file/anlaufnehmen.pdf)

Vorab/

Die LAG JSA NRW stellt sich vor

Die LAG JSA NRW ist ein pluraler Zusammenschluss von Trägern der Jugendsozialarbeit. Mitglieder der LAG JSA NRW sind:

- die evangelische Trägergruppe,
- die Freie Trägergruppe (DRK, DPWV, IB),
- die LAG Katholische Jugendsozialarbeit NRW,
- die LAG örtlich, regionaler Träger und
- die sozialistische Trägergruppe (AWO).

Als kooperative Mitglieder haben sich die *gemeinnützigen Träger der Sozialpartner (GTS)* und die LAG Streetwork der LAG JSA NRW angeschlossen.

Zu den Aufgaben der LAG JSA NRW zählen vor allem:

- die Vertretung der Interessen besonders sozial benachteiligter und individuell beeinträchtigter junger Menschen
- die Förderung der Zusammenarbeit der angeschlossenen Trägergruppen durch Fachgremien, Erfahrungsaustausch und Meinungsbildung
- die gegenseitige Information über wichtige Entwicklungen innerhalb der Trägergruppen sowie politische und fachpolitische Entwicklungen
- die Mitwirkung an der Weiterentwicklung aller Bereiche der Jugendsozialarbeit
- die Bündelung und Vertretung der gemeinsamen Interessen der Trägergruppen gegenüber der Politik und der Verwaltung
- Vorstellung neuer Trends und auch Entwicklungsrichtungen, Hinweise auf neue Fördermöglichkeiten

Träger der Jugendsozialarbeit betreiben vor Ort unter anderem Jugendwerkstätten, Jugendberatungsstellen, Schulmüdenprojekte, Jugendwohnheime, Angebote schulbezogener Jugendsozialarbeit und Jugendmigrationsdienste.

Ziel der LAG JSA NRW ist es, die Interessen junger Menschen mit besonderem Förderbedarf auf ihrem Weg in Ausbildung und Beruf sowie die gemeinsamen Anliegen und Interessen der mit den jungen Menschen arbeitenden Träger gegenüber der Landesregierung, den Behörden und Institutionen, den Landesjugendämtern, den Kammern, der Bundesagentur für Arbeit und weiteren Verbänden in Nordrhein-Westfalen zu vertreten.

Eins/

Nicht gesellschaftsfähig/Warum das Bildungssystem an (fast) jedem zehnten Jugendlichen scheitert/ Ganzheitliche und inklusive Bildung braucht ein anderes Bildungsverständnis

Die Fakten

Wie zahlreiche Studien zuvor belegt auch der Nationale Bildungsbericht von 2008² einen direkten Zusammenhang zwischen Armut und schlechten Bildungschancen: 28 Prozent aller Kinder und Jugendlichen wachsen in materiell prekären Verhältnissen auf. Ihre ungünstigen Startchancen verschlechtern sich im Bildungs- und Ausbildungssystem weiter. Jede/r vierte Jugendliche ist damit frühzeitig – spätestens mit dem Wechsel auf eine Haupt- oder Förderschule – von dauerhafter Exklusion und (meist folgender) späterer Arbeitslosigkeit bedroht.

485.000 Kinder und Jugendliche mit sonderpädagogischem Förderbedarf werden in der großen Mehrheit auf separate Förderschulen verwiesen und haben damit in den meisten Bundesländern formal keine Möglichkeit einen anerkannten Schulabschluss zu erwerben: Die Zahl der Schulabgänger/innen ohne Abschluss ist mit fast 80.000 Jugendlichen eines Altersjahrgangs trotz sinkender Schülerzahlen unverändert hoch.

Eine angemessene Förderung aller Kinder und Jugendlichen gelingt im bestehenden Bildungs- und Schulsystem noch nicht. Dies wirkt sich besonders für Jugendliche mit Migrationshintergrund diskriminierend aus: Von allen ausbildungslosen Jugendlichen im Alter von 20–24 Jahren haben nach der BIBB-Übergangsstudie 39 Prozent einen Migrationshintergrund, obwohl ihr Anteil an dieser Altersgruppe nur 24 Prozent beträgt. Weitere³ Benachteiligungen bestehen auf Grund des Geschlechts und insbesondere der sozialen Herkunft.

Selbst Jugendliche mit Hauptschulabschluss finden nur noch selten direkt einen Ausbildungsplatz, etwa weil das Lehrstellenangebot in vielen Regionen weiterhin zu gering ist oder die Ausbildungsbetriebe mindestens einen Realschulabschluss verlangen. Ein erfolgreicher Hauptschulabschluss wird damit für junge Menschen zunehmend zum Stigma statt zur Chance: Bis zu 500.000 jungen Menschen (das entspricht 40 Prozent der Schulabgänger/innen allgemein bildender Schulen) gelingt es zurzeit nicht, unmittelbar im Anschluss an die Schule eine Ausbildung zu beginnen.

Das ausgeweitete Übergangssystem ist zum bildungspolitischen Puffer geworden, der die mangelnde Passgenauigkeit zwischen Schul- und Ausbildungssystem sowie die konjunkturellen Schwankungen des Arbeits- und Ausbildungsmarktes ausgleichen soll. Die Übergänge für junge Menschen gestalten sich häufig unübersichtlich und langwierig oder gelingen gar nicht.

²
Bildung in Deutschland 2008. Ein indikatoren-gestützter Bericht mit einer Analyse zu Übergängen im Anschluss an den Sekundarbereich I. Herausgeber: Autorengruppe Bildungsberichterstattung im Auftrag der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland und des Bundesministeriums für Bildung und Forschung, W. Bertelsmann Verlag, Bielefeld 2008

³
siehe <http://www.bibb.de/de/wlk16029.htm>

Der Anteil der Bildungsausgaben am Bruttoinlandsprodukt ist in Deutschland rückläufig. Obwohl gegenüber 1995 fast 15 Milliarden Euro mehr für Bildung in 2005 ausgegeben wurden, reduzierte sich der Anteil der Bildungsausgaben am Bruttoinlandsprodukt von 7 auf 6,2 Prozent und liegt im internationalen Vergleich unter dem OECD-Durchschnitt. Mehr als genug zu tun.



Die Bewertung

1. Soziale Lage bestimmt den Bildungserfolg – ein ungebrochen dramatischer Trend

Ob Pisa-Studie, Daten zu Schulverweigerung oder Jugendlichen ohne Schulabschluss: Es sind dramatische Zahlen, die zeigen, wie im bestehenden Schulsystem eine hohe Zahl an Schülerinnen und Schülern selbst das Minimalziel „Hauptschulabschluss“ nicht erreicht. Der Anteil von Schulabgängern ohne Schulabschluss nahm in den letzten Jahren zu. Es sind sehr oft Jugendliche aus prekären materiellen Verhältnissen. Mehr als jedes zehnte Kind unter 18 Jahren lebte 2006 in einer Familie, in der kein Elternteil erwerbstätig ist. Bei 23 Prozent der Kinder lag das Einkommen der Familie unter der Armutgefährdungsgrenze. Bei 13 Prozent der Kinder hat kein Elternteil einen Abschluss der Sekundarstufe II oder höher. Bildungschancengleichheit sieht anders aus.

2. Für das Leben lernt man (wo)anders – nicht nur in der Schule

Um das Leben lernen und die Bildung junger Menschen mit schlechten Startchancen nachhaltig zu verbessern, ist ein umfassenderes Bildungsverständnis und sind andere Netzwerke nötig. Bildung ist mehr als Schule und mehr als Englisch, Mathe, Deutsch, Physik, Chemie... Bildung ist Persönlichkeitsentwicklung, Bewältigungslernen, Üben von Teilhabe und Verantwortung. Das Ziel umfassender Bildung ist Gesellschaftsfähigkeit und Selbstwirksamkeit. Wer will, dass Individuen lernen mit Freiheit und Zumutungen, mit Rückschlägen und Chancen in modernen Gesellschaften umgehen zu können, muss Jugendlichen Kriterien, Orientierung und Entscheidungsgrundlagen vermitteln. Kaum etwas

davon lernen sie im Schulsystem. Non-formale und informelle Bildungsansätze aber sehen dies als ihre Hauptaufgabe an. Ihre Grundprinzipien unterscheiden sich (darum) deutlich von Schule: Partizipation und Freiwilligkeit in sanktionsfreien Bildungsräumen.

3. Ein falsch gewichtetes Hilfesystem führt zu Reibungsverlusten – und verhindert erfolgreiche Intervention

Die Politik antwortet auf die Herausforderungen im Bildungssystem zurzeit vor allem mit dem Ausbau von Ganztagsangeboten auch in der Sekundarstufe I sowie mit verstärktem Mitteleinsatz in Schule für Berufsorientierungsangebote. Die reine Mittelvergabe an Schulen, ohne die Einbindung sozialpädagogischen Fachwissens und ohne Rückgriff auf die Kompetenzen und Erfahrungen der Jugendsozialarbeit, erweist sich dabei oftmals jedoch als wenig zielführend. So werden Schule und Lehrkörper häufig genug nicht in die Lage versetzt, die passenden Angebote organisatorisch und fachlich angemessen zu planen, anzulegen und durchzuführen. Hinzu kommen Intransparenz und fehlende Kohärenz: Unabgestimmte Maßnahmen verschiedener Kostenträger mit ähnlichen Zielsetzungen an identischen Einsatzorten führen zu Irritationen, Reibungsverlusten und zunehmendem Unverständnis und Missstimmungen zwischen den Kooperationspartnern. So sinkt der Erfolg der einzelnen Maßnahmen.

Die Antworten

1. Jugendsozialarbeit bietet mehr als nur eine Chance – aber leider oft erst nach dem „Scheitern“

Jugendsozialarbeit widmet sich der Persönlichkeit der Jugendlichen. Sie schafft einen besonderen Rahmen, um sie lebensfähig zu machen. Sie versucht Jugendliche im „freien Markt“ mit der sozialen Wirklichkeit zu konfrontieren und sie durch Beratung, Erziehung, Bildung, Qualifizierung, Beschäftigung und Vermittlung⁴ arbeits- und gesellschaftsfähig zu machen. Jugendsozialarbeit kann (und könnte viel mehr als heute) Jugendliche (schon) in der Schule mit ergänzenden Angeboten zur Persönlichkeitsstabilisierung und Berufsorientierung unterstützen. Wo das Lernprinzip Schule scheitert, kann sie mit eigenen jugendhilfeorientierten Angeboten Jugendliche auffangen, langsam wieder an Bildung heranführen oder alternative Perspektiven anbieten. Sie bereitet auf zukünftige Angebote zur Ausbildungs- und Berufsintegration vor. Ihr Motivationsmotor ist nicht Notendruck, sondern Zuwendung, Begleitung, Erziehung, Vorbilder.

2. Jugendsozialarbeit braucht verlässliche Förderung

Für diese Leistung muss die Jugendsozialarbeit außerhalb und innerhalb des bestehenden regionalen Bildungssystems als fester Bestandteil kommunaler Jugendhilfe- und Bildungsplanung in das Hilfe- und Bildungssystem integriert werden. Jede Region braucht eine Grundversorgung jugendsozialarbeiterischer Angebote, die sich an den individuellen Lebenslagen der jungen Menschen orientieren. Jede – vor allem jede „arme“ – Kommune braucht dazu passende präventive und weiterführende Unterstützungsangebote im Übergang Schule-Beruf: z.B. Berufseinstiegsbegleitung, berufsvorbereitende Bildungsangebote und auch außerbetriebliche Ausbildungsangebote.

⁴
Das Ziel ist Gesellschaftsfähigkeit.
Anmerkungen zu den Aufgaben der Jugendsozialarbeit. Prof. Dr. Joachim König, in: Blätter der Wohlfahrtspflege 2/2002, S. 49

Zwei/

Kein Anschluss/Wie Schwellen beim Übergang Jugendliche zum Stolpern bringen und bloßes Umleiten in Sackgassen mündet/Erfolgreiche Intervention braucht systematische Hilfeplanung und Steuerung

Die Fakten

Wie selbstverständlich wird der Übergang zwischen Schule und dem berufsbildenden Anschluss als erste Schwelle gekennzeichnet. So als ob das Scheitern an dieser Schwelle längst eingeplant ist für all jene, die die Füße nicht hochnehmen können oder die gerade mit ihren Gedanken woanders sind.

Acht Prozent der Jugendlichen haben bundesweit 2007 die Schule ohne Abschluss verlassen⁵. Sie können nur mit weiteren Maßnahmen, Angeboten oder Hilfen in die berufliche Zukunft einmünden. Jugendwerkstätten und vergleichbare Projekte zeigen, dass ihre Integration möglich ist: Vier von fünf Jugendlichen aus der Werkstatt halten durch. Für etwa 75 Prozent endet die Maßnahme mit einer Perspektive für den Anschluss, so die Erfahrung aus zahlreichen Projekten in LAG Mitgliedsorganisationen. Es sind notwendige Umwege, ohne die es nicht weiter gehen würde.

Besser wäre es, wenn sich vorher – noch im System Schule – jemand darum kümmerte, wenn ein Jugendlicher nichts mehr leistet, nicht mehr zu Schule kommt oder auffällig, aggressiv oder störend wird. Doch so funktioniert das System derzeit nicht. Viele verlassen das Bildungssystem durch die Hintertür, kommen erst unregelmäßig und bleiben schließlich ganz weg. Hier setzen zwar eine Reihe von Schulmüdenprojekten an. Doch die meisten Aussteiger verabschieden sich unauffällig. Wenn ihr Fernbleiben auffällt, ist der Kontakt längst abgebrochen. Der schnelle Austausch zwischen Fachleuten in Schulen und in der Jugendsozialarbeit sowie der Jugendhilfe ist kaum koordiniert.

Ähnlich sieht es bei den Schulabgängern ohne Abschluss aus. Acht Prozent der Jugendlichen eines Jahrgangs sind bundesweit auf außerschulische Angebote, auf Rückendeckung und Sozialarbeit angewiesen, um dem Arbeitsmarkt wieder näher zu kommen, denn sie haben die Schule ohne Abschluss verlassen. Alle Erfahrungen zeigen, dass sie ohne eine zusätzliche Förderung und nachträglichen Bildungserwerb chancenlos sind. Gelingt es nicht, sie an formale Bildungsabschlüsse heranzuführen, bleiben sie auf Dauer abhängig von staatlichen Transferleistungen. Doch die passgenaue Vermittlung zwischen den chancenreichen Maßnahmen und den hilfebedürftigen Jugendlichen fehlt fast vollständig.

Von effektiver Hilfeplanung kann keine Rede sein. Lehrerinnen, Schulsozialarbeitern oder auch Eltern und Schülern selbst fehlen in aller Regel Überblick und Netzwerkkenntnis, um ein passgenaues, verfügbares und erreichbares Projekt zu finden, in das ein Jugendlicher zeitnah einsteigen könnte. Selbst Fachleute bezeichnen die Hilfelandschaft mittlerweile schlicht als Dschungel: Es fehlen die Wegweiser in der Trägerlandschaft. Intervention nach dem Schulabgang erfolgt nach dem Zufallsprinzip. Übergangsmaßnahmen werden auf diese Weise zur zweiten Schwelle für die rund 500.000 Jugendlichen, die sich aktuell im System des Übergangs befinden. Ein weiterer Stolperstein.

15 Prozent der heute 20–29jährigen sind ohne Berufsabschluss geblieben – aktuell sind das 1,5 Millionen junge Erwachsene ohne Ausbildung. Schuld daran sind nicht die jungen Erwachsenen selbst, stellt das Bundesinstitut für berufliche Bildung (bibb) fest.⁶ Auf dem Ausbildungsmarkt gelten die Spielregeln des Arbeitsmarktes: Betriebe bieten Ausbildungsplätze an, wenn es die Auftragslage zulässt und sie ihren Fachkräftebedarf decken wollen. In Zeiten von Kurzarbeit und Wirtschaftskrise spüren das die Abgänger mit Hauptschulabschluss oder die ganz ohne Abschluss als erste. Dennoch werden diese strukturellen Probleme individualisiert und auf die Jugendlichen abgewälzt, die sich dann als nicht ausbildungsreif beschrieben sehen. Hier muss wieder hingesehen werden.

Die Bewertung

1. Wenn die Schule an ihre Grenzen kommt – geht es in der Coachingzone weiter.

Das gegenwärtige Schulsystem wählt aus, stärkt oftmals nur die Besten, hilft den Guten und sortiert diejenigen aus, deren Probleme außerhalb der Schule so groß sind, dass sie den Kopf fürs Lernen nicht frei haben. Selektionen sind Missstände, keine Maßstäbe⁷. Bildungsprogramme „von der Stange“ sind nicht für alle Schülerinnen und Schüler tauglich, weil dies genau die Angebote sind, von denen sich die Zielgruppe bereits während ihrer Schulzeit verabschiedet hat. Diese Jugendlichen brauchen vielmehr oft fürs erste Hilfe beim Angehen vielfältiger Probleme und dann Rückendeckung für die Persönlichkeitsbildung. Es gibt keine Alternative zu dem Ansatz des Coachens in dieser Lebenslage – es sei denn, man verabschiedet sich von einem definierten Prozentsatz der Abgänger eines jeden Schuljahres.

2. Wer nach der Schule Hilfe benötigt, muss das Glück haben, in der „richtigen“ Region zu leben – das genügt nicht.

Es fehlt jegliche Chancengleichheit beim Zugang zu den Maßnahmen der Jugendsozialarbeit. Städte bieten in der Regel den besseren Zugang zum Hilfesystem als ländliche Regionen wie Eifel, Sauerland oder Münsterland. Nicht selten liegt es an fehlenden Verkehrsverbindungen, wenn keine Maßnahme oder keine in erreichbarer Nähe auf den Schulausstieg folgt.

3. Hilfeplanung für Jugendliche ist dem Zufall überlassen.

Das Hilfsangebot ist zum Teil davon abhängig, welche Schwerpunkte der Jugendförderung in den Kommunen und Kreisen gesetzt werden bzw. welche finanziellen Möglichkeiten „vor Ort“ bestehen. Es fehlt an Koordination und Richtungsweisung.

⁵ vgl. Fußnote 3 zur bibb-Übergangsstudie

⁶ ebenda

⁷ siehe auch: Dreizehn Maßstäbe für eine gute Schule, Otto Herz: http://www.gruene.de/fileadmin/user_upload/Dokumente/Thesen_Bildungskongress_2010/Forum_6_Thesenpapier_1_-_Gr%C3%BCner_Bildungskongress.pdf

Die Antworten

1. Schwellen abbauen.

Wir brauchen eine kritische öffentliche Debatte darüber, wie die bereits fest eingemauerten Schwellen bei den Bildungsabschlüssen und beim Berufsstart wieder abgebaut werden können.

Jugendliche, die an der ersten oder zweiten Schwelle im Übergang hängen bleiben, benötigen enge Begleitung: Ihre Motivation muss gestärkt werden, für einen selbst gewählten Berufsanschluss auch wieder schulisches Engagement zu zeigen. Drei von vier Jugendlichen können gut gestaltete Freiräume für sich nutzen, in denen sie nicht an der Elle der Mehrheit gemessen werden, sondern an Talenten und Fähigkeiten, die es zu entdecken gilt und die starke Motive für ihre Lebensplanung werden können. Das belegen beispielsweise Maßnahmen wie die Jugendwerkstatt, die in den Mitgliedsorganisationen der LAG angeboten werden⁸. Sozialpädagogische Angebote setzen auf Persönlichkeit – im Gegensatz zu Wissensangeboten, die auf das System des „Normalfalls“ hin konzipiert sind. Die Konzepte und die Praxiserprobungen sind längst vorhanden: Der Zugang jedoch ist kaum koordiniert und nicht transparent.

2. Hilfe planen.

Ein effektives Hilfeplansystem ist aufzubauen, entsprechend dem Vorbild der Erziehungshilfe. Abgestimmtes und vereinbartes Vorgehen bei Planung und Durchführung sichert die Chancen der Jugendlichen auf Re-Integration in das System und sichert zugleich das Engagement der Fachkräfte für Maßnahmen über ein absehbares Projektende hinaus.

Der Erfolg von Maßnahmen wäre hier das stärkste Argument. Doch ganz einfach ist die Erfolgsbenennung in diesem Arbeitsfeld nicht. Klar ist nur, dass jeder fünfte Jugendliche die Maßnahme nicht zu Ende führt (manche einer davon allerdings, weil sich eine bessere Alternative gefunden hat). Für alle anderen gibt es Anschlussperspektiven, seien es Schulbesuch, Ausbildungsplatz oder weitere Maßnahmen. Erfolgsquoten liegen (je nach Arbeitsmarktreion) zwischen 60 und 80 Prozent. Dies zeigen die Erfahrungen und Auswertungen der LAG. Genauere Zahlen sind nicht zu bekommen, auch weil die Angebotslandschaft groß und kaum vergleichbar ist und die Erfolgskriterien zu eindimensional mit Integrationsquoten dargestellt werden. Die gesamten „soft skills“ bleiben unberücksichtigt.

3. Vom Stützlehrer zum Bildungscoach – die Instrumente weiterentwickeln.

Gezielte Maßnahmen der werkpädagogischen Bildungs- und Erziehungsarbeit verbunden mit dem zielgerichteten Nachholen von schulischen Bildungsinhalten trägt zu einer nachhaltigen Verbesserung der Integrationschancen bei. Zu den geförderten niederschweligen spezifischen Bildungswegen gehören die Angebote der Jugendberatungsstellen, die Schulmüdenprojekte und insbesondere die Jugendwerkstätten. Wenn sich dort die Weichen für den Erwerb formaler Bildung wieder positiv stellen lassen, wird dies in praktischer Werkstattarbeit sowie über den integrierten Stützunterricht erreicht. Der Vermittlung formaler Bildungsinhalte kommt in den Angeboten der Jugendsozialarbeit zukünftig besondere Bedeutung zu. Die bei den Jugendlichen zu fördernde Fähigkeit, sich auf solche Bildungsprozesse wieder einlassen zu können, gewinnt an Bedeutung. Der traditionelle „Stützlehrer“ muss zu einem



„Bildungscoach“ weiterentwickelt werden, mit dem nicht nur der abschlussorientierte, sondern der gesamte Bildungsprozess stärker in den Blick genommen wird. Kontakte zu Schulen der Sekundarstufe I sowie zu Berufskollegs gehören hier ebenso in das Anforderungsprofil von Bildungscoaches wie der Kontakt zu Betrieben und die Gestaltung des Unterrichts in Jugendwerkstätten. Wir fordern den Ausbau der Aufgaben des Stützlehrers hin zum Bildungscoach, der den umfassenderen Blick auf den Bildungsverlauf haben soll.

4. Jedes mögliche Mittel möglich machen.

Jedes Projekt, das die Chancen dieser Jugendlichen auf einen Schulabschluss und den Zugang zu einer vollqualifizierenden Berufsausbildung sichert, ist auf öffentliche Mittel angewiesen. Die politische Bereitschaft hier zu investieren, muss geweckt werden. Gefordert ist eine große, gemeinsame Anstrengung der Akteure in Bund, Ländern und Kommunen. Wenn Bildung und Ausbildung in den Betrieben nicht geht, dann muss sie gleichwertig und außerbetrieblich möglich gemacht werden. Es kann nicht sein, dass benachteiligte Jugendliche die gesamte Last der jährlichen Ausbildungslücke allein schultern. Für den Mangel auf dem Ausbildungsmarkt können sie nichts.

5. Fachkräfte gesucht.

Gab es vor Jahren noch einen massiven Mangel an betrieblichen Ausbildungsplätzen, so melden jetzt bereits Betriebe, dass sie ihre Plätze nicht besetzen können. Vom demografischen Wandel könnten somit Jugendliche ohne Schulabschluss profitieren, die bislang einfach zur stillen Reserve gezählt und in ihrem Potential übersehen wurden. Umso mehr lohnt das weitere, besser abgestimmte und miteinander verzahnte Engagement, das nötig ist, um sie beim Anschluss auf dem Bildungs- und Berufsmarkt zu stützen. Auf die hohe Motivation Jugendlicher ist Verlass: Sie wollen den Abschluss und die Ausbildung, darin bestätigen die Studien des Bundesinstituts für Berufsbildung die Fachleute in den Werkstätten: Arbeit – echte Arbeit – ist das Merkmal von Teilhabe an Gesellschaft und für Jugendliche der höchste Anreiz.

⁸
dazu auch: PISAplus-im Deutschlandfunk:
10. 4. 2010, Ohne Abschluss kein Anschluss
– Wie Jugendliche in Lernwerkstätten
mit Sozialarbeit wieder erreicht werden.

Drei/

Pech gehabt/Wenn der Zuständigkeitenmix effektiver Förderplanung im Weg steht/Eine Rückbesinnung auf die kommunale Aufgabe, Jugendliche in das Bildungs- und Ausbildungssystem sowie die Gesellschaft zu integrieren

Die Fakten

Eine Ausbildungsgarantie gibt es im Bund ebenso wenig wie einen garantierten Zugang zum System der Hilfeplanung, wenn die Bildungslaufbahn ins Stocken geraten ist. Jahr für Jahr vergrößert sich die Zahl derer, die im System „hängen“ bleiben. Dies sind Kernaussagen der Studie „Jugendliche ohne Berufsabschluss“ (bib, 2009, im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung). Die Zahlenanalyse enthält Handlungsempfehlungen: 566.000 neue Ausbildungsverträge gab es im Jahr 2009, rund 15.000 blieben unbesetzt. Das Ausbildungsplatzangebot der Betriebe ist damit erschöpft. Auf weitere 90.000 Jugendliche aber schätzt das Bundesinstitut für berufliche Bildung die Zahl der Jugendlichen, die auch im Folgejahr regelmäßig nicht zum Zuge kommen. Die Gefahr besteht, dass diese Jugendlichen, die zweifellos weiter nach Ausbildung suchen, ganz aus dem Bildungssystem verschwinden.

Jugendsozialarbeit erreicht derzeit aber nur einen Teil der Jugendlichen, die ohne formale Bildungsabschlüsse auf dem Ausbildungsmarkt chancenlos bleiben. Eine neue und engagierte Diskussion ist nötig, damit „benachteiligte“ und „besonders benachteiligte“ Jugendliche in der öffentlichen Wahrnehmung wieder vorkommen – nicht erst dann, wenn sie negativ in Erscheinung treten und die Forderung nach härteren Sanktionen den Blick auf die Möglichkeiten von Jugendsozialarbeit verstellt.

Jugendsozialarbeit ist kommunale Aufgabe, Jugendhilfeplanung (§80 SGB VIII) ein zentrales Instrument zur Wahrnehmung der Gesamtverantwortung und Planungsverantwortung (§79 SGB VIII) durch den Öffentlichen Jugendhilfeträger. Doch in vielen Kommunen und Kreisen wird Jugendsozialarbeit aufgrund der aktuellen politischen Diskussionen und Haushaltslagen (vor allem: KiBiz, U3-Ausbau) kaum wahrgenommen oder in entsprechenden Gremien (z. B. Jugendhilfeausschuss) thematisiert. Die Zusammenarbeit von Diensten und Einrichtungen, gerade an den Schnittstellen zu anderen Sozialgesetzbüchern (BA [SGB III], Arge [SGB II]) ist sehr mühsam und selten erfolgreich. In Optionskommunen ist diese Zusammenarbeit etwas besser.

Die Bewertung

Jugendsozialarbeit ist kommunale Aufgabe.

Es fehlt an Koordination und Steuerung in den Kommunen. Die dazu autorisierten Stellen im System sind die Kommunen selbst. Sie sind aufgefordert, die Maßnahmen, den Mix, die Zuständigkeiten zu koordinieren, um Hilfeplanung für benachteiligte Jugendliche effektiver zu gestalten. Den Kommunen stünde ein Teil der dazu erforderlichen Ressourcen in Form des Jugendhilferechts zur Verfügung, auf der Grundlage des Jugendhilfeparagraphen § 13 KJHG, der sie mit den beschriebenen Zuständigkeiten nach unserem Verständnis beauftragt. Der Jugendhilfeparagraph sieht sozialpädagogische Maßnahmen für die Förderung und berufliche Integration von benachteiligten Jugendlichen vor und ist Grundlage auch für die Finanzierung von Jugendwerkstätten und ähnlichen Angeboten am Ende der Schulzeit. Er kann und muss deutlich stärker genutzt werden – er enthält ein (wenn auch eher weiches) Recht der Jugendlichen auf Unterstützung in ihren Kommunen. Die Auslegung liegt allerdings im Ermessen der Verwaltung vor Ort. Jugendämter sind gehalten Hilfemaßnahmen für benachteiligte Jugendliche oder solche mit erhöhtem Förderbedarf mitzufinanzieren. Zurzeit aber bleibt es da meist bei dem Verweis auf die Soll-Bestimmung – mit der Konsequenz, dass immer seltener Jugendhilfemaßnahmen über § 13 SGB VIII finanziert werden⁹.

Die Antworten

1. Jugendsozialarbeit bietet passende Maßnahmen – doch die Konzepte leiden unter dem aktuell gültigen Flickenteppich der Förderlandschaft.

An beiden Schwellen im Übergang Schule/Beruf gibt es zahlreiche Projekte, Initiativen, Förderangeboten, Maßnahmen der verschiedenen Kostenträger, die zu einer unübersichtlichen Projektlandschaft geworden sind: Zu einer landesweit nicht bezifferbaren Vielzahl an Maßnahmen der Jugendsozialarbeit kommt die Vielfalt der möglichen Träger solcher Angebote, ergänzt um die Anzahl von Integrationsangeboten weiterer Budgetgeber. Sie finanzieren zum Beispiel...

- Modellprogramme des Bundes, z.B. das Programm *Schulverweigerung – Die 2. Chance* oder die Kompetenzagentur
 - Berufseinstiegsbegleiter durch die Arbeitsagenturen
 - die vielen Maßnahmen im Übergang Schule/Beruf, z.B. die außerbetriebliche Berufsausbildungen und ausbildungsbegleitende Hilfen, berufsvorbereitende Bildungsmaßnahmen
- Finanzmittel kommen...

- aus dem Bund, den Ländern, den Kommunen
- aus Mittel der Arbeitsförderung der Bundesagentur für Arbeit
- aus (Landes-)Stiftungen
- und schließlich auch aus Mitteln des europäischen Sozialfonds der Länder und des Bundes, ohne die viele Maßnahmen in Deutschland nicht stattfinden könnten. Sie werden meist co-finanziert aus Landeshäushalten oder kommunalen Mitteln.

Eine Umschichtung von Mitteln aus dem Schulbudget in das Budget der Jugendhilfe sucht man bislang vergeblich, obwohl die Angebote schulbezogener Jugendsozialarbeit deutlich zu positiven Ergebnissen führen und Perspektiven für junge Menschen aufbauen, die am Schulsystem gescheitert sind.

⁹
Vgl. Fußnote 8/Einschätzung der BAG-EJSA

2. Sozialarbeiter als Maßnahmemanager sind in der Jugendsozialarbeit Alltag.

Maßnahmen sind nicht immer koordiniert mit den An- und Abschlüssen von Schuljahren. Auch wenn sie für 12 Monate bewilligt sind, erhalten Teilnehmende oft nur Zuweisungen für Teilabschnitte. Dies und der zunehmende Finanzierungsmix von Maßnahmen bindet zusätzlich Kräfte für Antragstellung, erforderliche Sachberichte und Verwendungsnachweise für die jeweiligen Kostenträger, während nebenbei weitere Folgemaßnahmen auf der Basis neu zu entwickelnder Konzepte zu beantragen sind.

„Vor Ort“ fehlt es an einer frühzeitigen, systematischen Identifikation und Förderung der Zielgruppe in der Schule genauso wie an einer Systematisierung individueller Förderpläne und der Dokumentation von Prozessen und Ergebnissen während und nach dem Schulbesuch.

Auszumachen ist, dass die Zahl der Schulabbrecher und Abgänger mit schwachen Zeugnissen stabil bei etwa 8 Prozent liegt. Angebots- und Bedarfsplanung wären in der Jugendberufshilfe und Jugendsozialarbeit nötig – abgestimmt auf den regionalen Ausbildungs- und Arbeitsmarkt. In den Regionen fehlt es bislang noch an den geeigneten Instrumenten und Zuständigkeiten, um die Bedarfe zu lokalisieren, zu quantifizieren, um die ausgemachten Bedarfe in notwendige Maßnahmen umzurechnen und mit den verschiedenen Akteuren zu planen und umzusetzen. Der politische Mut dazu muss wachsen. Die Kommunen müssen ihrem gesetzlichen Auftrag der Gesamtverantwortung und der Jugendhilfeplanung nach §§ 79–80 SGB VIII nachkommen.

3. Die LAG Jugendsozialarbeit setzt sich dafür ein, dass die Kommunen und die Jugendhilfe wieder stärker in die Pflicht genommen werden.

Jugendsozialarbeit ist kommunale Aufgabe. Viele Experten stehen bundesweit hinter diesem Argument. Das plurale bundesweite Netzwerk *Kooperationsverbund Jugendsozialarbeit* stellt im Mai 2010 in seinem Arbeitspapier *Jugendsozialarbeit § 13 SGB VIII als Aufgabe der Jugendhilfe?!* fest, dass „die Förderung der Jugendsozialarbeit im Rahmen der Jugendhilfe [...] auf einem zu geringem Niveau [...] statt[finde]“.¹⁰

Nur mit eigenständiger Jugendsozialarbeit könne Jugendhilfe passgenaue Angebote für junge Menschen machen, die durch Benachteiligung oder Beeinträchtigung in ihrer Integration in der Schule und/oder am Arbeitsmarkt gefährdet sind und für die Angebote der Arbeitsförderung nach den Sozialgesetzbüchern II und III nicht passend sind. Der Anteil Jugendlicher in jedem Jahrgang, die pädagogische Hilfe in Schule, beim Übergang und während der Ausbildung brauchen liegen bereits jetzt bei rund 20 Prozent, mit zunehmender Tendenz.¹¹

Zum Schluss/



Die LAG JSA positioniert sich/Für benachteiligte Jugendliche in NRW

Wir sind da, weil...

...die Jugendlichen für ihr Scheitern in Schule und auf dem Weg in Arbeit verantwortlich gemacht werden. Ihr Scheitern zeigt aber, wo unsere Systeme verbessert werden müssen.

Wir sehen hin. Und erleben: Jugendliche, die in den Regelsystemen der Schule, auf dem Ausbildungsmarkt, in den Fördermaßnahmen der Agentur für Arbeit oder in der Arbeitsmarktintegration scheitern. Die sich im System Schule zwar arrangieren und ihre Pflichtschulzeit erfüllen, sie jedoch nicht erfolgreich (mit Abschluss, notwendigen Kompetenzen) absolvieren. Die im Schulsystem scheitern, weil sie mit der herkömmlichen Art der Wissensvermittlung und des Lernens nicht klar kommen. Denen die notwendigen Ressourcen fehlen, weil Bildungserfolg in Deutschland nachgewiesenermaßen von der materiellen und sozialen Situation im Elternhaus abhängt. Rund 1,5 Milliarden Euro offizielle Ausgaben für Nachhilfe in deutschen (Mittelschichts-)Familien pro Jahr sprechen für sich¹².

Wir sehen: Jugendliche, die uns zeigen, wie selektiv das Schulsystem wirkt, wenn grundlegende und ergänzende Ressourcen fehlen.

Wir sehen: Jugendliche, deren Scheitern durch Armut und Ausgrenzung, durch Überforderung angesichts eines Übermaßes an Problemen vorprogrammiert ist. Und wir vergessen nicht: Es geht um Jugendliche und junge Erwachsene von 14 bis 27 Jahren – laut SGB VIII.

¹⁰ Siehe http://jugendsozialarbeit.de/media/raw/JSA_als_kommunale_Aufgabe_Jugendhilfe.pdf, Seite 40

¹¹ ebenda, S. 41

¹² Siehe Studie der Bertelsmann-Stiftung, veröffentlicht im Januar 2010: http://www.bertelsmann-stiftung.de/cps/rde/xchg/bst/hs.xsl/nachrichten_99657.htm

Wir sind da, weil...

...jemand laut sagen muss, wo Verantwortungs- und Gesetzeslücken sowie Schwachstellen im Bildungs- und Ausbildungssystem bestehen, wer dafür verantwortlich ist und wie man sie füllen kann.

Wir konfrontieren Politik und Öffentlichkeit mit einer vielfach mangelnden Umsetzung des KJHG (§13) auf kommunaler Ebene: Weil Jugendsozialarbeit keine eindeutige Pflichtleistung im KJHG ist, gibt es in „verarmten“ Kommunen nur selten niederschwellige Angebote der Jugendsozialarbeit, obwohl gerade in diesen Kommunen eine Unterstützung besonders notwendig wäre. Hier fehlt es häufig nicht unbedingt am politischen Willen, sondern schlicht an den finanziellen Mitteln. Die betroffenen Kommunen dürfen aber nicht „im Stich gelassen“ werden, denn: Jugendsozialarbeit meint es ernst damit, keinen Jugendlichen verloren zu geben. Weil es um ihre und die Zukunft unserer Gesellschaft geht.

Wir konfrontieren die Verantwortlichen mit unpassenden Leitbildern oder Praktiken anderer Sozialgesetze, mit denen auch Akteure dort nicht einverstanden sind¹³, mit Verschiebebahnhöfen und mangelnden Absprachen. Wir fordern eine Umgestaltung der Schnittstellen zwischen den Sozialgesetzbüchern II, III, VIII und XII mit klaren Zuständigkeiten und abgestimmter Unterstützung durch die verschiedenen Förderinstrumente – im Sinne einer abgestimmten und individuellen Förderung junger Menschen.

Wir konfrontieren andere Bildungsakteure mit unserem Bildungsbegriff und fordern seine Integration: Jugendsozialarbeit muss als selbstverständlicher Teil des Bildungssystems anerkannt werden und ihren festen Platz in den regionalen Bildungsnetzwerken haben. Die in der Jugendsozialarbeit erworbenen Bildungsabschlüsse sind im Rahmen des DQR (Deutscher Qualifikationsrahmen für lebenslanges Lernen) und des EQR (Europäische Qualifikationsrahmen für Lebenslanges Lernen) anzuerkennen. Jugendsozialarbeit ist ein wichtiger, aber zu wenig beachteter Teil des gesamten schulischen und außerschulischen Bildungssystems mit eigenen Methoden und Zugängen. Sie hat Anspruch auf eine Finanzierung, die ebenso sicher und nachhaltig ist wie die des regulären Bildungssystems, um dieselbe Kontinuität in den Angeboten zu erreichen. Sie liefert Modelle für eine echte individuelle Förderung – zum Beispiel den Bildungscoach.

Wer glaubt, die „untere Klasse“ sei ausgegrenzt nicht durch fehlende Ressourcen, Chancen und Durchsetzungsmöglichkeiten, sondern vor allem durch ihr Verhalten, den laden wir ein die Praxis der Jugendsozialarbeit kennen zu lernen und damit die soziale Wirklichkeit von Armut, Überforderung und Stigmatisierung.

...weil Sozialarbeit nicht zur reinen Verwaltung von sozialen Problemen und Klienten verkommen darf und weil starke Netzwerke auch starke Einmischung brauchen.

Wir stellen klar, was unsere Arbeit bedeutet: Jugendsozialarbeit macht gesellschaftsfähig. Sie dient der Stabilisierung, bedarfsgerechten und individuellen Förderung junger Menschen in sehr schwierigen persönlichen Lebenslagen. Jugendsozialarbeiter/innen benötigen dafür einen langen Atem und großes fachliches Know-how: Klare Regeln und Ansagen gehören zum Handeln der Fachkräfte genauso dazu wie Einfühlungsvermögen und Verstehen, warum der/die Jugendliche gerade

nicht „funktioniert“. Jugendliche in dieser Lebenssituation sind oft ausschließlich mit sich beschäftigt und nicht, oder nur unter Anleitung, in der Lage ihre eigenen Interessen gegenüber Dritten durchzusetzen.

Wir stellen auch klar, dass Jugendliche eine Lobby brauchen: Ein Lobby für Ermutigung, nicht Beschämung. Darum ist uns Partizipation so wichtig.

Und wir stellen auch klar, dass man an uns nicht vorbei kommt: Netzwerken vor Ort und in der überörtlichen Lobbyarbeit ist eine Grundtugend, die Akteur/innen in der Jugendsozialarbeit beherrschen müssen, egal an welcher Stelle sie agieren. Damit noch mehr Ausgrenzung verhindert wird.

... Kommunen und Landespolitik Praktiker/innen als kritisches Gegenüber brauchen.

Wir vermitteln, dass Kommunen Jugendsozialarbeit als festen Bestandteil der Jugendhilfemaßnahmen in die jeweiligen Kinder- und Jugendförderpläne aufnehmen müssen. Kommunalpolitiker und Verwaltung müssen Zuständigkeiten mit anderen regionalen Partnern – wie Arbeitsagentur und Trägern der Grundsicherung SGB II – abstimmen. Sie müssen sich einsetzen für ein Leitbild, das Förderung im Sinne der Jugendhilfe definiert. Sie müssen ein gemeinsames Förderplanverfahren für diese Jugendlichen etablieren.

Wir vermitteln der Landespolitik, dass die Mittel für Angebote der Jugendsozialarbeit im Kinder- und Jugendförderplan nicht reichen, weil sie in den letzten 10 Jahren nicht nur stagnierten, sondern sogar zusammengestrichen wurden.

Wir schildern die Konsequenzen mangelnder Landes-Förderung: Nur durch Reduzierung der Personalschlüssel und „angepasste“ (Unter-) Bezahlung ihrer Fachkräfte haben die bislang über das Land teilgeförderten Einrichtungen und Träger Kürzungen auffangen können. Mehr geht ohne erheblichen Qualitätsverlust nicht, denn auch die Kommunen haben ihren Anteil nicht aufstocken können.

Wir sagen, in welche Richtung es gehen muss: Wir brauchen alle Jugendlichen. Auch die, an denen unser Bildungssystem gescheitert ist. Was dazu notwendig und hilfreich ist, werden wir in die Debatte einbringen. Nicht alles muss so bleiben, wie es ist, aber das Leitmotiv ist klar: Wir stehen für das Prinzip dritte, vierte oder auch fünfte Chance für Jugendliche.

Wir sind da und reden mit.

Fachpolitische Anforderungen an ein gelingendes System der Förderung sozial benachteiligter junger Menschen in NRW. Wir erwarten:

- klare Prioritätensetzung und finanzielle Ausstattung für die Jugendsozialarbeit als Zukunftsaufgabe: „Jedem Jugendlichen eine Chance“ und wenn nötig auch weitere
- sozialpolitische Positionierung: Jugend hat Vorfahrt in einem NRW, das eine umfassende gesellschaftliche Teilhabe aller jungen Menschen und soziale Gerechtigkeit will
- mehr Initiative für Prävention: z.B., um Schulmüde/-verweigerer durch außerschulische Angebote der Jugendsozialarbeit aufzufangen und wieder zurückzuführen
- da, wo dies nicht gelingt, die Förderung alternativer, abschlussbezogener Integrationsangebote
- allgemein anerkannte fachliche Mindeststandards für Jugendwerkstätten, Jugendberatungsstellen und Schulmüdenprojekte

¹³
Siehe dazu: IAB-Kurzbericht 10/2010
zu Sanktionen im SGB II:
[http://www.iab.de/194/section.aspx/
Publikation/k100507a01](http://www.iab.de/194/section.aspx/Publikation/k100507a01)

- vor allem für die sozial benachteiligten Jugendlichen und jungen Erwachsenen ein abgestimmtes Hilfesystem mit zusätzlichen niederschweligen Integrationsangeboten in bisher nicht versorgten Landesteilen
- ein Bekenntnis des Landes zur Förderung und Versorgung der jungen Menschen, die in besonderem Maße die gesellschaftliche Unterstützung brauchen. Das heißt: soziale Prioritäten setzen.



Abspann

Mitglied der LAG JSA NRW sind die Trägergruppen der Jugendsozialarbeit in NRW:

Evangelische Trägergruppe
Diakonie Rheinland Westfalen Lippe
Kontakt: Tim Rietzke
Diakonie Rheinland-Westfalen-Lippe e.V.
Friesenring 32-34, 48147 Münster

Freie Trägergruppe
Der Paritätische, Internationaler Bund, Deutsches Rotes Kreuz
Kontakt: Reiner Mathes
Der Paritätische
Camillo-Sitte-Platz 3, 45136 Essen

Katholische Trägergruppe
Landesarbeitsgemeinschaft
Katholische Jugendsozialarbeit
Nordrhein-Westfalen e.V.
(LAG KJS NRW)
Kontakt: Stefan Ewers
Landesarbeitsgemeinschaft
Katholische Jugendsozialarbeit
Nordrhein-Westfalen e.V.
(LAG KJS NRW)
Ebertplatz 1, 50668 Köln

Regional/örtliche Trägergruppe
Landesarbeitsgemeinschaft
örtlich/regionaler Träger
Nordrhein-Westfalen
(LAG ÖRT NRW)
Kontakt: Andrea Schaffeld
Landesarbeitsgemeinschaft
örtlich/regionaler Träger
Nordrhein-Westfalen
(LAG ÖRT NRW)
c/o Berufsbildungszentrum Kleve e.V.
Briener Straße 22, 47533 Kleve



Sozialistische Trägergruppe
Arbeiterwohlfahrt
Kontakt: Hans Wacha
Arbeiterwohlfahrt
– Bezirk Westliches Westfalen
Kronenstraße 63-69,
44139 Dortmund

Kooperative Mitglieder
Landesarbeitsgemeinschaft
Streetwork/Mobile Jugendarbeit
NRW e.V.
Kontakt: Heike Becker
c/o Graf-Recke-Straße 209
40237 Düsseldorf

GTS (Gemeinnützige Träger
der Sozialpartner)
c/o Berufsförderungswerk
der Bauindustrie
Kontakt: Dr. Bernd Garstka
Uhlandstraße 56, 40237 Düsseldorf



Dran bleiben

Jugendsozialarbeit der
kommenden Jahre

Herausgeber

Landesarbeitsgemeinschaft
Jugendsozialarbeit NRW
V.i.S.d.P. Tim Rietzke
Ebertplatz 1, 50668 Köln
Dezember 2010

Text/Redaktion

Cornelia Benninghoven
Katrin Sanders

Gestaltung

Eike Dingler
www.eikedingler.de